

**Nr. 19/1145**

**Fragestunde**

1. Wohnungsstatus von Studierenden  
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
  2. Betrug bei Führerscheinprüfungen  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
  3. Hilfe für pflegende Schulkinder  
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
  4. Wird die Unabhängigkeit der Patientenberatung durch Eigentümerwechsel zur Farce?  
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. September 2018
  5. Lehrerarbeitsplätze in den Schulen  
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. September 2018
  6. Wann baggert die Baggerschute „Greenport 1“ endlich?  
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. September 2018
  7. Linksextremes Banner der Werder-Fangruppe „Caillera“  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Durchgängigkeit von Kindertageseinrichtungen  
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2018
  9. Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2018
  10. Abschiebung nach Haft  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2018
  11. Ausnutzung des deutschen Familien- und Sozialrechts?  
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26. September 2018

12. Zuspitzung bei Beschwerdelagen in Krankenhäusern  
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26. September 2018
13. Ethnische Clans  
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. September 2018
14. Dienstleistungen der Senatspressestelle für politische Parteien  
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Oktober 2018
15. Betroffenenauskunft nach § 10 Bundesmeldegesetz  
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 30. Oktober 2018
16. Kosten für Flüchtlinge in 2017  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 30. Oktober 2018
17. Einführung von „itslearning“  
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP vom 1. November 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

#### **Nr. 19/1146**

##### **Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen**

Mitteilung des Senats vom 4. September 2018  
(Drucksache [19/1808](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 19/1147**

##### **Hochschulübergreifende Kooperationen. Hemmnisse, Grenzen und Potenziale erkennen.**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 29. Mai 2018  
(Drucksache [19/1679](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 14. August 2018**  
(Drucksache [19/1769](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 19/1148**

##### **Wassergewöhnung und Schwimmfähigkeit auf Badeseen erweitern**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1858](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/1149

### **Soziale Ungleichheiten besser erkennen und entgegensteuern – Sozialindex schärfen und fortentwickeln**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1880](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Anpassung des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ vorzunehmen,
  - a) indem kleinteiligere Raumeinheiten auf Baublockebene neu definiert und festgelegt werden und damit eine neue Berechnungsgrundlage für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven geschaffen wird,
  - b) mit der das Ziel verfolgt wird zu prüfen, inwieweit die bisherigen Leitindikatoren als fachliche Bewertungsgrundlage ausreichend und ob diese nicht um weitere Indikatoren zu ergänzen sind,
  - c) die es ermöglicht, anhand der neuen Berechnungsgrundlage die Sozialindikatoren neu auszuwerten und in eine entsprechende Ressourcenermittlung und -ausstattung einfließen zu lassen;
2. darzustellen, wie die zukünftig neu definierten kleinteiligen Raumeinheiten außerhalb der bisher bestehenden WIN- und Soziale Stadt-Gebiete zusätzlich finanziert werden können;
3. der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

## Nr. 19/1150

### **Über den Wolken darf die Ausbeutung nicht grenzenlos sein!**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 1. November 2018  
(Drucksache [19/1893](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Bereichsausnahme auf Gründung eines Betriebsrates für im Flugbetrieb eingesetzter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen durch die Aufhebung des § 117 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht mehr vorsieht.

## Nr. 19/1151

### **Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2018  
(Drucksache [19/1658](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/1152

### **Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Juni 2018  
(Drucksache [19/1730](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Reform auf Bundesebene einzusetzen, die folgende Sachverhalte und Eckpunkte berücksichtigt:
  - a) Ziel der Reform muss es sein, einheitliche Anlaufstellen für Notfallpatientinnen und Notfallpatienten als integrierte Notfallzentren zu schaffen. Diese sollte an oder in einem Krankenhaus angesiedelt sein und rund um die Uhr für die Notfallversorgung zur Verfügung stehen. Die Trägerschaft und Kooperationsform der integrierten Notfallzentren ist flexibel auszugestalten, so dass sie durch die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), die Krankenhäuser selbst, aber auch durch Kommunen und Ärztenetzwerke betrieben werden können. Dazu muss der Sicherstellungsauftrag der KV modifiziert werden. Entsprechende Gesetze sind dringend zu erarbeiten und zu verabschieden.
  - b) Wichtig ist, dass die Verantwortungen klar geregelt und zugeordnet werden, damit sie auch eingefordert werden können. Auf der Landesebene sind gemeinsame Ausschüsse der Krankenkassen, der KV, der Rettungsdienste und der Krankenhausgesellschaft zu gründen oder bestehende Gremien zu nutzen, um zu diesen klaren Regelungen zu kommen.
  - c) Die Koordinierung präklinischer Notfalleinsätze bei lebensbedrohenden Störungen und die Beratung über geeignete Bereitschaftseinrichtungen für nicht lebensbedrohliche Beschwerden außerhalb der Praxiszeiten sollte von qualifizierten integrierten Notruf-Leitstellen mit einheitlicher Rufnummer durchgeführt werden.
  - d) Dringend benötigt wird eine einheitliche sektorenübergreifende, kostendeckende Vergütung für präklinische, ambulante und stationäre Notfälle. Wichtig ist es außerdem, die Ausbildung und Weiterbildung des benötigten Fachpersonals zu verstärken und kostendeckend zu finanzieren.
  - e) Die besonderen Bedürfnisse von Kindern, von alten Menschen und von psychisch Kranken sind bei der Ausgestaltung der Notfallstrukturen zu berücksichtigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der aktuellen Fortschreibung des Krankenhausplans ein besonderes Augenmerk auf die bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Notfallversorgung zu legen.

## Nr. 19/1153

### **Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte**

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2018  
(Drucksache [19/1697](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 19/1154

### **Beitrag zur Stärkung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung leisten, echte Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte umsetzen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1878](#))

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2018 (Drucksache [19/1907](#))**

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um die Wahlmöglichkeit für Beamtinnen und Beamte bei der Krankenversicherung in Anlehnung an das „Hamburger Modell“ (Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 16. Mai 2018, Drucksache 21/11426) ab dem 1. Januar 2020 einzuführen, für Anwärterinnen und Anwärter soll diese Wahlmöglichkeit schon bei Einstellungsterminen im Jahr 2019 gelten;
2. darüber hinaus dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 31. März 2019 einen Bericht vorzulegen, ob, wie und mit welchen finanziellen Auswirkungen sich ein einheitliches Dienstrecht für neueinzustellende Angestellte und Beamte hinsichtlich des Beitritts zur gesetzlichen Krankenversicherung schaffen lässt;
3. die anfallenden Kosten in der neu aufzustellenden Finanzplanung und in der Haushaltsaufstellung 2020/2021 zu berücksichtigen.

## Nr. 19/1155

### **Insekten schützen – Pestizide verbieten!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 28. Juni 2018  
(Drucksache [19/1739](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Einsatz von insektenschädlichen chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf öffentlichen Grünflächen, Grundstücken und öffentlichen Liegenschaften in Bremen und Bremerhaven schnellstmöglich zu verbieten;
2. geeignete Beratungsinstrumente zur Förderung der Biodiversität zu schaffen, die die Landwirte insbesondere darin unterstützen, auf einen Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden bei der Grünlanderneuerung weitestgehend zu verzichten;
3. sich auf Bundesebene für ein schnelles, dauerhaftes Verbot von insektengefährdenden chemisch-synthetischen Pestiziden einzusetzen;
4. öffentliche Flächen wie Parks, kommunale Friedhöfe und Verkehrsinseln möglichst mit einheimischen insektenfreundlichen Blumen und schmetterlings- und raupenfreundlichen Futterpflanzen und Wildstauden zu begrünen;

5. im Rahmen der bereits vorhandenen Informationsangebote des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr insbesondere auch über das insektenfreundliche Gärtnern und die positiven Auswirkungen von insektenfreundlichen heimischen Bäumen und Pflanzen für private Gärten zu informieren;
6. zu prüfen, wie die Schaffung sogenannter „Insektenhotels“ und anderer Insektenlebensräume auf öffentlichen Flächen darüber hinaus immateriell gefördert werden kann.

## Nr. 19/1156

### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und Bremerhaven  
 Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 28. Juni 2018  
 (Drucksache [19/1738](#))  
 D a z u  
 Mitteilung des Senats vom 7. August 2018  
 (Drucksache [19/1764](#))
2. Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen verbessern  
 Antrag der Fraktion der CDU vom 20. Juli 2018  
 (Drucksache [19/1753](#))
3. Konzept „Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen“  
 Mitteilung des Senats vom 7. August 2018  
 (Drucksache [19/1763](#))
4. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus  
 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017  
 (Drucksache [19/1450](#))
5. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus  
 Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vom 7. August 2018  
 (Drucksache [19/1765](#))
6. Anbieterkreis für Unterstützungsleistungen im Alltag ausweiten – Pflegebedürftige und Angehörige entlasten!  
 Antrag der Fraktion der CDU vom 14. August 2018  
 (Drucksache [19/1767](#))
7. Bremisches Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmäler (Bremisches Denkmalschutzgesetz - BremDSchG)  
 Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018  
 (Drucksache [19/1754](#))  
 2. Lesung
8. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle  
 Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2018  
 (Drucksache [19/1773](#))  
 D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1842](#))

9. Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/1778](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1818](#))

10. Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 1. November 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1780](#) vom 21. August 2018)  
(Drucksache [19/1892](#))

11. Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. August 2018  
(Drucksache [19/1790](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1905](#))

12. Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“ zulassen

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1798](#))

13. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1799](#))

14. Soziale Ungleichheit abbauen – Wirkung von Tarifverträgen stärken, Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1804](#))

15. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 20. Juni 2017  
(Drucksache [19/1131](#))

16. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 3. September 2018  
(Drucksache [19/1807](#))

17. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst abschaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. September 2018  
(Drucksache [19/1810](#))

18. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 19. Januar 2017  
(Drucksache [19/910](#))
19. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1815](#))
20. Was machen die Banken und Versicherungen eigentlich mit meinem Geld? Transparenz des Finanzwesens erhöhen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1816](#))
21. „Solidarische Ökonomie“ stärken  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. September 2018  
(Drucksache [19/1820](#))
22. Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“  
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1821](#))
23. Bericht zum Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“  
Mitteilung des Senats vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1827](#))
24. Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1832](#))
25. Erweiterte Nutzungszeiten für wissenschaftliche Bibliotheken ermöglichen!  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1833](#))
26. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes – Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)  
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1837](#))  
1. Lesung
27. Mehr Ausbildungsplätze ermöglichen: Allgemeine Ausbildungsfonds im Land Bremen jetzt auf den Weg bringen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 21. September 2018  
(Drucksache [19/1838](#))
28. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2018  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1839](#))

29. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1840](#))
30. Personalbericht 2018 – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2016  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1841](#))
31. Clankriminalität entschlossen bekämpfen  
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 27. September 2018  
(Drucksache [19/1849](#))
32. Pflegenotstand verhindern – Unterbesetzung auflösen – Fachkräftelücke im Gesundheitswesen nachhaltig schließen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 27. September 2018  
(Drucksache [19/1850](#))
33. Bremerhavens Wirtschaft braucht eine Kaje an der Westseite des Fischerhafens  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 11. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1856](#))
34. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 17. April 2018  
(Drucksache [19/1622](#))
35. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen  
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1857](#))
36. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten  
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1859](#))
37. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen - Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 19. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1867](#))
38. Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für Geflüchtete ermöglichen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 22. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1870](#))

39. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1877](#))